

## Abstract/ Policy Paper: Der Sozialstaat als Akteur für mehr Klimagerechtigkeit: Beispiel Pflege und Gesundheit (Arbeitstitel)

Einreichung für Track #3: Der Wohlfahrtsstaat in Transformation

Ernest Aigner, Andrea Schmidt und Jana Schultheiß

Wir gehen davon aus, dass neben der zentralen politischen Forderung, dass Klimapolitik sozial gestaltet werden muss, auch der Sozialstaat selbst als Akteur in der Klimapolitik wirkt. Wissenschaftlich knüpfen wir dabei am noch jungen Forschungsfeld der „Sustainable Welfare“ an. Um eine klimagerechte Gesellschaft mitzugestalten, müssen sich die Verantwortlichen im österreichischen Sozialstaat dieser Aufgabe künftig noch stärker bewusst werden und die verschiedenen Politikbereiche entsprechend aktiv gestalten. Neben zentralen Fragen von Ungleichheit und Vermögensverteilung, die hier nicht thematisiert werden sollen, kann der Sozialstaat über die konkrete Ausgestaltung der Sozialleistungen zu mehr Klimagerechtigkeit beitragen. Sozialleistungen können grundsätzlich auf drei Wegen ausgegeben werden: als Geldleistungen, als Gutscheine, oder als Sachleistungen. „Der Sozialstaat unterhält und baut Einrichtungen, in denen er Klimaschutzmaßnahmen selbst umsetzen kann, zum Beispiel klimaneutrale Gebäude. Er fördert auch Einrichtungen und kann über Vorgaben, Standards oder Förderbedingungen steuern, zum Beispiel klimafreundliche Kantinen. Aber auch strukturell können Verbesserungen erzielt werden, zum Beispiel indem im Gesundheitssektor statt nachsorgenden, ressourcenintensiven Behandlungen, wie Operationen, auf Gesundheitsprävention, wie Vorsorgeuntersuchungen oder Gesundheitskurse, gesetzt wird.“ (Bohnenberger/Schultheiß 2021: 76) Nach einem kurzen allgemeinen Überblick über die möglichen Ansatzpunkte und Hebel der Klimapolitik im Sozialstaat möchten wir vor allem auf die Sachleistungen und Infrastruktur fokussieren – dies diskutieren wir an den beiden Beispielen Gesundheit und Pflege.

Im Bereich der **Gesundheit** sind neben der Behandlung von Krankheiten auch gesundheitsfördernde oder -präventive Leistungen anzuführen. Bei der Behandlung von Krankheiten verweist die Literatur auf den hohen Anteil des Gesundheitswesens am österreichischen Treibhausgasfußabdruck (Weisz et al 2020). Besonders betont werden hierbei neben Immobilien und Mobilität auch Treibhausgasemissionen, die mit der Produktion von Medikamenten einhergehen. Gerade bei letzteren würden sich durch Vermeidung von falschen Verschreibungen Kostenersparnisse, mit mehr Gesundheit und besserer Klimabilanz generieren lassen. Allgemein ist allerdings der Erhalt der individuellen Gesundheit durch gesundheitsfördernde oder -präventive Maßnahmen anzustreben (Weisz et al 2005), da Krankenhäuser für sich genommen treibhausgasintensive Einrichtungen sind und zum Teil dies nur schwer vermeidbar ist, selbst wenn es noch deutliche Treibhausgasreduktionspotential gibt.

Wesentliche Themenbereiche an der Schnittfläche von Gesundheitsförderung und klimafreundlichen Leben sind die Förderung von aktiver Mobilität, gesunder Ernährung (vgl. Wolking et al 2018, Ekmekcioglu et al 2018) und Selbstbestimmung über die eigene Zeit um die folgenden von Stress zu reduzieren. Neben der Förderung von individuell gesundem Verhalten könnten auch hegemoniale Diskurse, die ungesundes und klimaschädliches Verhalten fördern eingeschränkt werden: etwa Werbeverbote für individuelle Mobilität oder übermäßigen Fleischkonsum. Besonders zu betonen ist allerdings die Bedeutung von öffentlichen Infrastrukturen und ihre Folgen für bereits marginalisierte Gruppen. Studien zeigen etwa, dass gerade untere Einkommensschichten an vielbefahrenen Straßen wohnen und die Folgen von Lärm und Abgasen tragen müssen. Eine Stärkung von Nahversorgung und öffentlichen Verkehr würde ebenso wie die Förderung von klimafreundlichem sozialen Wohnbau für untere Einkommensschichten ihre Lebensqualität deutlich steigern (Armutskonferenz et al, 2021).

Die Rolle von öffentlicher Bereitstellung von Dienstleistungen zeigt sich auch im Bereich der **Langzeitpflege**. Pflege in Österreich ist mehrfach in der Krise, insbesondere wegen dem mangelnden öffentlichen Engagements (Aigner/Lichtenberger 2020). Gerade Frauen pflegen un- oder unterbezahlt, oft auf Kosten ihrer Normalarbeitsverhältnisse und/oder Pensionen. Pflegenden und Betreuenden fordern höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, Kollektivverträge die dem Arbeitsrecht entsprechen in der 24-Stunden-Betreuung und mehr Selbstbestimmung (Aigner/Lichtenberger 2020). Forderungen die soweit ungehört verbleiben. Auch aus klimapolitischer Sicht erscheint dies nicht zielführend, da es sich bei pflegen und betreuen allgemein um klimafreundliche Tätigkeiten handelt, da sie mit umfassenden zwischenmenschlichen Komponenten mit geringen Treibhausgasemissionen einhergehen. Eine gesamtgesellschaftliche Ausrichtung die Pflegen und Betreuung stärker ins Zentrum ihrer Tätigkeiten rückt wäre daher anzustreben.

Tatsächlich gehen die Entwicklungen in vielerlei Hinsicht in eine andere Richtung. Aufgrund von Effizienzkriterien und Taylorismus wird die Pflege auch zunehmend unattraktiv und klimaintensiv. Besonders herausfordernd ist dies im Bereich der häuslichen/mobilen Pflege, bei der die Folgen der Taktung noch in doppelter Hinsicht verstärkt werden: gerade in ländlichen Regionen werden oft lange Wege mit brennstoffbetriebenen Fahrzeugen zurückgelegt und es ist nur bedingt möglich auf kurzfristige Bedürfnisse und Anforderungen von Gepflegten einzugehen; die zu Pflegenden wohnen nicht selten in zu groß gewordenen, teils schlecht isolierten Häusern. Es wäre sinnvoll, Paradigmen in der Sozial- und Langzeitpflegepolitik – beispielsweise „mobil vor stationär“ – jeweils auch aus Klimaperspektive zu beurteilen.

Umgekehrt sind Pflegeeinrichtungen derzeit häufig unattraktive Alternativen zur häuslichen Pflege. Eine klimasoziale Alternative wären „kostenlose“ oder zu sehr geringen Kosten zur Verfügung gestellte hochqualitative Pflegeeinrichtungen in Mischform mit anderen Wohnformen, die für alle Bedürftigen zugänglich sind und ein gutes Leben ermöglichen. In solche Wohnungen würden Bedürftige wohl nicht erst in der allerletzten Lebensphase, wenn der Umzug selbst oft mit Gesundheitsfolgen einhergeht, umziehen. Arbeitsverhältnisse in solchen Einrichtungen könnten selbstbestimmt, mit kurzen Arbeitszeiten, adäquater Entlohnung und ohne die diskriminierenden Umstände gegenwärtiger 24-Stunden-Betreuungsarbeitsverhältnisse geschaffen werden. Besonders klimafreundlich wären diese Alternativen, wenn es viele gibt, am besten in allen kleinen Orten, um Mobilität durch Besuche zu vermeiden. Ein Sozialstaat, der dies anbietet, wäre klimasozial, da Pflegen und Betreuen so auf zwischenmenschliche Aspekte fokussiert und damit auch klimafreundlich ist.

Der Beitrag beruht auf Kapiteln für das Buch „Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten“ (Armutskonferenz et al, 2021). Diese sollen hier stärker zusammengeführt und weiterentwickelt werden. Wesentliches Ziel ist es, mit den Tracketeilnehmer\*innen über konkrete Ansätze und Gestaltungsmöglichkeiten zur klimagerechten Gestaltung des Pflege- und Gesundheitssystems in Österreich zu diskutieren. Daher hat unser Beitrag den Charakter eines Policy Papers.

### **Literatur:**

- Armutskonferenz, Attac, BEIGEWUM (Hrsg) (2021): *Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten*.
- Bohnenberger, Katharina/Schultheiß, Jana (2021): *Sozialpolitik für eine klimagerechte Gesellschaft*, in: *Armutskonferenz, Attac, BEIGEWUM (Hrsg) (2021): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten*, S. 71 – 81.
- Aigner, Ernest/Lichtenberger, Hanna (2021): *Sorglos? Klimasoziale Antworten auf die Pflegekrise*, in: *Armutskonferenz, Attac, BEIGEWUM (Hrsg) (2021): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten*, S. 175 – 183.
- Weisz, Ulli, Peter-aul Pichler, Ingram S. Jaccard, Willi Haas, Sarah Matej, Florian Bachner, Peter Nowak, und Helga Weisz. 2020. „Carbon Emission Trends and Sustainability Options in Austrian Health Care“. *Resources, Conservation and Recycling* 160:104862. doi: [10.1016/j.resconrec.2020.104862](https://doi.org/10.1016/j.resconrec.2020.104862).

Ekmekecioglu, Cem, Peter Wallner, Michael Kundi, Ulli Weisz, Willi Haas, und Hans-Peter Hutter. 2018. „Red meat, diseases, and healthy alternatives: A critical review“. *Critical Reviews in Food Science and Nutrition* 58(2):247–61. doi: [10.1080/10408398.2016.1158148](https://doi.org/10.1080/10408398.2016.1158148).

Weisz, Ulli, Willi Haas, Jürgen M. Pelikan, und Hermann Schmied. 2011. „Sustainable Hospitals: A Socio-Ecological Approach“. *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society* 20(3):191–98. doi: [10.14512/gaia.20.3.10](https://doi.org/10.14512/gaia.20.3.10).

Wolkinge, Brigitte, Willi Haas, Gabriel Bachner, Ulli Weisz, Karl Steininger, Hans-Peter Hutter, Jennifer Delcour, Robert Griebler, Bernhard Mittelbach, Philipp Maier, und Raphael Reifeltshammer. 2018. „Evaluating Health Co-Benefits of Climate Change Mitigation in Urban Mobility“. *International Journal of Environmental Research and Public Health* 15(5):E880. doi: [10.3390/ijerph15050880](https://doi.org/10.3390/ijerph15050880).

Ernest Aigner ist Experte am Kompetenzzentrum für Klima und Gesundheit bei der Gesundheit Österreich GmbH und an der WU Wien koordiniert er den APCC-Sachstandsbericht Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Als Mitglied des BEIGEWUM-Vorstand ist er Mitherausgeber des Buches Klimamasoziale Politik.

Andrea Schmidt ist seit März 2022 Leiterin am neu gegründeten Kompetenzzentrum Klima und Gesundheit. Davor war sie stellvertretende Leiterin der Abteilung Gesundheitsökonomie und -systemanalyse. Sie forschte am European Centre for Social Welfare Policy and Research in Wien (2010 bis 2016), arbeitete für das Europäische Parlament in Brüssel (2007 bis 2008) und an der United Nations University (UNU-ILI) in Amman, Jordanien (2008).

Jana Schultheiß: Referentin für öffentliche Haushalte und Sozialstaat in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien (derzeit in Elternkarenz) und Mitglied im BEIGEWUM-Vorstand.